

Die Neue Seidenstraße (II) 07.07.2016

ATHEN/BEIJING/BERLIN (Eigener Bericht) - Strategische Investitionen der Volksrepublik China in Südosteuropa stellen die deutschen Hegemonialansprüche dort in Frage. Zu Wochenbeginn hat der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras in Beijing über neue chinesische Wirtschaftsvorhaben in Griechenland verhandelt. Kernstück ist der Hafen in Piräus bei Athen, der zu zwei Dritteln von einem chinesischen Großkonzern übernommen wird. Beijing baut ihn zum Endpunkt des maritimen Teils der "Neuen Seidenstraße" aus, eines billionenschweren Infrastrukturprojekts, das China ökonomisch enger mit Europa verbinden soll. Piräus steigt damit zu einem zentralen Hafen des europäischen Chinahandels auf; das verbessert die griechische Position in der EU. Beijing ergänzt dies um aufwendige Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur in den Nicht-EU-Ländern Südosteuropas. Berlin beginnt gegenzusteuern und hat am Montag mit einem "Westbalkangipfel" seinen Einfluss auf die dortigen Staaten zu sichern versucht. Das Treffen richtete sich auch gegen Bemühungen Russlands, seine Positionen in Südosteuropa zu verbessern.

Verkehrskorridore

Hintergrund der aktuellen chinesischen Aktivitäten in Griechenland ist die Arbeit Beijings an der Umsetzung des Konzepts der "Neuen Seidenstraße" ("New Silk Road", "One Belt, One Road"). Bei dem Vorhaben geht es darum, die Verkehrskorridore aus China in Richtung Westen auszubauen - zum einen über Land durch Zentralasien und den Mittleren Osten bis nach Europa, zum anderen über See nach Afrika bzw. durch den Suezkanal bis ins Mittelmeer. Das billionenschwere Projekt beinhaltet gewaltige Infrastrukturmaßnahmen, etwa den Bau von Straßen und Eisenbahnlinien sowie den Ausbau von Häfen. Die Volksrepublik will damit einerseits ihren Unternehmen neue Absatzmärkte sichern; andererseits geht es ihr darum, ihre globale Stellung zu konsolidieren. Beijing habe "den Anspruch, sich an der Gestaltung der Global-Governance-Strukturen stärker zu beteiligen", hieß es unlängst in der Zeitschrift "Internationale Politik" (german-foreign-policy.com berichtete [1]).

Alternative zur krisenhaften EU

Im Rahmen seiner Bemühungen, die Neue Seidenstraße bis nach Europa zu führen, hat Beijing schon vor Jahren begonnen, seine Aktivitäten in Ost- und Südosteuropa auszubauen. Im April 2012 fand in Warschau ein erstes Gipfeltreffen Chinas mit zahlreichen Staaten Ost- und Südosteuropas statt, auf dem eine Intensivierung der Kooperation diskutiert wurde. Der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao kündigte damals Kredite in Höhe von zehn Milliarden US-Dollar an, mit denen größere Infrastrukturprojekte in der Region finanziert werden sollten. Beim dritten China-Osteuropa-Gipfel Ende 2014 wurde bereits von zahlreichen Vorhaben berichtet, die mit chinesischer Hilfe in Arbeit oder sogar schon fertiggestellt waren: Während chinesische Firmen mit Geld aus China die erste Autobahn von der montenegrinischen Küste nach Belgrad bauten, konnte der chinesische Ministerpräsident am 18. Dezember 2014 eine neue Donaubrücke in der serbischen Hauptstadt eröffnen.[2] Die Länder Südosteuropas betrachteten chinesische Investitionen nicht mehr "als Bedrohung", sondern angesichts der krisenhaften Entwicklung in der EU durchaus als Chance, hieß es im Juli 2014 in einem Bericht der Außenstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) in Bosnien-Herzegowina.[3] Als exemplarisch kann etwa die Entwicklung in Mazedonien gelten: Während deutsche Konzerne sich teils von dort zurückziehen, weil die in dem kleinen, verarmten Land erzielbaren Gewinne ihre Profiterwartungen nicht mehr erfüllen, fassen chinesische Firmen Fuß (german-foreign-policy.com berichtete [4]).

Chinas Tor nach Europa

Für den maritimen Teil der Neuen Seidenstraße - die Schiffsrouten aus China nach Afrika bzw. Europa - besitzt Griechenland eine zentrale Bedeutung. Beijing hat den

Hafen in Piräus bei Athen als Zielpunkt des Seetransports aus der Volksrepublik ausersuchen: Von Piräus aus sollen in China produzierte Waren weitertransportiert werden - per Bahn ins Innere Europas, mit kleineren Schiffen nach Nordafrika und Nahost sowie ins Schwarze Meer. Die staatseigene Reederei "China Ocean Shipping Company" (COSCO) hat schon im Jahr 2009 Konzessionen für Teile des Hafens in Piräus erhalten und dort umfassende Aktivitäten entfaltet; der Containerumschlag hat sich von 2009 bis 2014 verfünffacht. Große Konzerne sind für ihren Vertrieb in Ost- und Südosteuropa sowie Nahost nach Piräus umgezogen. So hat etwa das Unternehmen HP, das Computer in China endmontiert, seinen Vertrieb von Rotterdam in die griechische Hafenstadt verlegt; andere Firmen ziehen nach. Piräus gilt mittlerweile als "Chinas Tor nach Europa". Dies hat weitreichende Folgen. Wie es in einer niederländischen Analyse heißt, trägt die chinesische Fokussierung auf Piräus und den Ausbau der Transportverbindungen von dort in Richtung Norden und Nordwesten dazu bei, dass die Länder Ost- und Südosteuropas sich "von ihrer peripheren Rolle innerhalb der EU" Schritt für Schritt hin zu einer einflussreicheren Position entwickeln können.[5]

Neue Spielräume

Beim Ausbau des Hafens von Piräus profitieren COSCO und Beijing von den Privatisierungen, die Berlin im Gegenzug zu den bisherigen "Hilfspaketen" für Athen durchgesetzt hat und die - nach deutschen Plänen - schwerpunktmäßig deutschen Unternehmen zugute kommen sollen. Den Hafen von Piräus allerdings hat sich COSCO gesichert; in der vergangenen Woche stimmte das griechische Parlament der Übertragung von insgesamt 67 Prozent der Anteile an dem Hafenbetreiber an die chinesische Großreederei zu. Anfang dieser Woche ist nun Griechenlands Ministerpräsident Alexis Tsipras nach China gereist, um über einen weiteren Ausbau der Kooperation zu verhandeln. So ist von einer künftigen Zusammenarbeit beim Schiffbau die Rede; auch wird über den Aufbau eines Technologieparks in Athen diskutiert. Der mächtige chinesische Kommunikationskonzern Huawei hat ein Dreijahresprogramm zur Hightech-Fortbildung griechischer Studenten angekündigt; die Wanda-Group, ein global operierender Mischkonzern mit einem Jahresumsatz von mehr als 40 Milliarden US-Dollar, plant den Ausbau des chinesischen Griechenland-Tourismus und will in dem Land Filmindustrie-Einrichtungen etablieren.[6] Die chinesischen Aktivitäten erfolgen zu einer Zeit, zu der einerseits die deutschen Austeritätsdiktate Griechenlands Nationalökonomie ruiniert haben, andererseits deutsche Pläne, die Filetstücke der griechischen Wirtschaft zu übernehmen, nur in Teilbereichen vorankommen.[7] Beijing hingegen gewinnt an Einfluss; seine Investitionen können Athen auf lange Sicht neue Spielräume öffnen - auch gegenüber Berlin.

"Geopolitisch Flagge zeigen"

Die Bundesregierung beobachtet die chinesischen Aktivitäten in Griechenland und Südosteuropa genau und hat inzwischen Gegenmaßnahmen eingeleitet. Im August 2014 lud sie erstmals zu einem "Westbalkan-Gipfel" in die deutsche Hauptstadt ein. Ziel war es, die südosteuropäischen Nicht-EU-Länder [8] davon abzuhalten, sich zu eng an andere Mächte wie vor allem Russland zu binden, das seinerseits in der Region an Einfluss gewann.[9] Zugleich hatte Berlin auch Chinas Investitionen im Blick. "Die EU musste geopolitisch Flagge zeigen", urteilt die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).[10] Für Unmut sorgte in Südosteuropa vor allem, dass die versprochene EU-Mitgliedschaft angesichts der zahlreichen Krisen der EU weit in den Hintergrund gerückt sei. Man müsse den dortigen Ländern Perspektiven bieten; schließlich habe sich "an der geostrategischen Bedeutung des Westbalkans für die EU und das transatlantische Bündnis ... nichts geändert". Zu Wochenbeginn hat die EU entsprechend auf ihrem dritten "Westbalkan-Gipfel" in Paris rund 400 Millionen Euro für Unterstützungsprogramme zugunsten Südosteuropas zugesagt. Ob dies genügt, den bislang dominanten Einfluss Berlins und Brüssels auf Dauer zu sichern, muss mit Blick auf die Tatsache, dass China bereits 2012 zehn Milliarden US-Dollar zugesagt hat, als ungewiss gelten.

Mehr zum Thema: [Die Neue Seidenstraße \(I\)](#) .

[1] S. dazu [Die Neue Seidenstraße \(I\)](#) .

[2] Maja Poznatov: China boosts investment in Central and Eastern Europe. www.euractiv.com 19.12.2014.

[3] Policy Analysis: New Silk Road Leads Through the Balkans. China and Southeast European Countries. Friedrich-Ebert-Stiftung Sarajevo, July 2014.

[4] S. dazu [Einflussverlust in Südosteuropa](#) .

[5] Frans-Paul van der Putten, Minke Meijnders: China, Europe and the Maritime Silk Road. Clingendael report. March 2015.

[6] Nektaria Stamouli: Greek Port Deal Heralds Closer China Ties, Says Alexis Tsipras. www.wsj.com 04.07.2016.

[7] S. dazu [Konsumschwach, aber beschäftigungsfähig](#) .

[8] Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien sowie das Sezessionsgebiet Kosovo.

[9] S. dazu [Die Hegemonie über Südosteuropa](#) .

[10] Tobias Flessenkemper, Dušan Reljić: Torlos in die Halbzeit: In Paris müssen EU und Westbalkanländer besser kombinieren. www.swp-berlin.org 01.07.2016.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com